

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postkassentext:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pfa., bei Wahnvorschrift 40 Pfa. **Stellenangebote** 10gep. Kolonelle 25 Pfa. **Familiennachrichten von Privaten** die 10gep. Kolonelle mit 50% Nachsch. **Reklamazeile** 2 Mk. **Inserate u. ausm.** die 10gep. Kolonelle 40 Pfa., bei Wahnvorschr. 50 Pfa., **Reklamazeile** 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Verhandlungen in Genf

Verammlung der Schweizer

SPD Genf, 4. September.
Als in der zweiten Plenarversammlung am Dienstag gegen 17 Uhr die allgemeine Aussprache beginnen sollte, hatte sich kein einziger Redner eingestellt. Die wiederholten Aufforderungen des Präsidenten wurden mit eisigem Schweigen beantwortet. Die ungeheure Spannung der Atmosphäre hat auf diese Weise ihre erste Auswirkung gefunden. Dem Präsidenten blieb schließlich nichts anderes übrig, als die Sitzung auf Mittwoch nachmittag zu vertagen.

Das Präsidialbureau der Genfer Völkerbundsversammlung, dem u. a. Hermann Müller als Vizepräsident angehört, beschloß am Dienstag, der Versammlung von sich aus vorzuschlagen, die Wiederwählbarkeit Spaniens zu beschließen. Durch dieses Vorgehen wird die Frage, ob Spanien wiederwählbar sein kann, in öffentlicher Abstimmung entschieden werden. Die Wahl Spaniens zum Ratsmitglied findet allerdings in geheimer Abstimmung statt.

Briand und Müller

SPD Genf, 5. September. (Radio.)
Die erste Unterredung zwischen Briand und Hermann Müller ist für Mittwoch, 18.30 Uhr, vereinbart worden. Die Kombinationen über die Verschiebung der Aussprache bzw. den Verzicht Müllers auf eine Unterredung werden damit als völlig unbegründet gekennzeichnet.

Spanien im Völkerbund

SPD Paris, 5. September.
Wie der Petit Parisien aus Genf berichtet, ist der aktive Wiedereintritt Spaniens in den Völkerbund noch lange nicht geregelt. Spanien verlange einen halbständigen Ratsitz, dagegen habe sich gestern plötzlich eine

starke Opposition der skandinavischen Staaten geltend gemacht. Der augenblickliche Ratspräsident, Zable, habe als Wortführer der Opponenten erklärt, daß die Einrichtung eines halbständigen Sitzes als Ausnahmemaßnahme nur für Polen beschlossen worden sei. Eine Verallgemeinerung sei unbedingt abzulehnen. Vergeblich habe Briand in einer lebhaften Intervention die spanischen Wünsche begründet und durchzudrücken versucht. Es sei bisher nicht gelungen, eine Einigung zu erzielen.

Deutsche Minderheit in Polen

SPD Genf, 4. September.
Der Völkerbundrat wird sich in seiner nächsten Sitzung mit den Berichten der deutschen Minderheiten in Polnisch-Oberschlesien befassen. Es handelt sich zunächst um eine Beschwerde des Deutschen Volksbundes gegen die Angriffe, denen Mitglieder der deutschen Minderheiten und die deutschen Organisationen in Oberschlesien ausgesetzt sind. Der Volksbund hat ein Verzeichnis von 75 im letzten Jahre vorgekommenen Fällen eingereicht, unter denen sich 18 Sprengstoff-Attentate, 18 gewaltsame Sprengungen deutscher Versammlungen, 30 Fälle schwerer Körperverletzungen — zum Teil durch Bandenüberfälle — und 5 Ueberfälle unter Verwendung von Schusswaffen befinden. Das Ziel der Beschwerde ist, den Rat zu veranlassen, daß die Sicherheit der deutschen Minderheiten, die ihr im Artikel 83 der Genfer Konvention versprochen wurde, garantiert wird.

In einer Beschwerde des Deutschen Volksbundes zur Schutzfrage wird Klage darüber geführt, daß die polnischen Behörden durch bestimmte Ausführungsmassnahmen die Urteile des Internationalen Gerichtshofes und die Beschlüsse des Völkerbundsratess zu nichte machen.

Bernard Shaw in Genf

WVB Genf, 4. September.
Bernard Shaw, der seit einiger Zeit Mitglied eines Untersuchungsausschusses der Kommission für internationale geistige Zusammenarbeit ist, traf heute in Genf ein. Shaw, der noch nie während einer Völkerbundsversammlung in Genf gewesit hat, beabsichtigt, die Genfer Arbeiten bei seinem jetzigen Aufenthalt in Genf aus der Nähe kennenzulernen.

Die schwierige Regierungsbildung in Thüringen

Neues Angebot an die Sozialdemokraten

SPD Weimar, 4. September.

Der mit der Regierungsbildung in Thüringen beauftragte Demokrat Dr. Krüger fragte im Verlauf seiner weiteren Verhandlungen bei der sozialdemokratischen Fraktion des thüringischen Landtags an, ob sie bereit sei, sich an einer Regierung, bestehend aus Demokraten, Wirtschaftspartei und Deutscher Volkspartei, zu beteiligen. Die Beauftragten der sozialdemokratischen Fraktion erteilten Dr. Krüger folgende Antwort:

„Auf Ihr Schreiben vom 3. September 1928, in dem Sie die Frage stellen, ob die Fraktion der SPD bereit sei, eine Regierung mitzubilden, in der die SPD mit drei Mitgliedern, die Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei zusammen ebenfalls mit drei Mitgliedern und die Deutsche Demokratische Partei mit einem Mitglied vertreten wären, teilen wir Ihnen schriftlich mit, was Ihnen schon bei einer Aussprache am 31. August zur Kenntnis gekommen ist, nämlich, daß, nachdem die Auflösung des Landtags und damit Neuwahlen zum Landtag abgelehnt worden sind, die Fraktion der SPD nur dann zur Regierungsbildung Stellung nehmen kann, wenn an erster Stelle konkrete Vorschläge über die einzuschlagende Politik gemacht werden sollten.“

Die Entführung Rossis

SPD Genf, 5. September (Radio.)
Die Untersuchung der schweizerischen Behörden in der Angelegenheit der Rossis-Affäre hat ergeben, daß in der Nacht der Entführung sechs bewaffnete italienische Soldaten in Uniform per Motorboot durch Schweizer Gewässer nach Champlone geschifft worden sind. Das Motorboot ist von zwei schweizerischen Beamten gefahren worden, ohne daß sie gegen die Neutralitätsverletzung eingeschritten wären. Gegen sie ist bereits ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Der Völkerbund tagt

Am Montag ist in Genf die neunte Vollversammlung des sogenannten Völkerbundes zusammengetreten, der in Wahrheit — es kann nicht oft genug gesagt werden — nur ein Bund der Regierungen kapitalistischer Staaten ist. Klammert sich in Genf schon kein Mensch mehr um den geräuschvollen Aufmarsch der Völkerbundsdiplomaten, so bemüht sich die bürgerliche Presse um so mehr, den Genfer Veranstaltungen eine große Bedeutung zu geben. Aber die erfranzögigten Diplomaten selbst, die sich da alljährlich aus den verschiedenen Erdteilen zusammensinden, korrigieren diese lärmende Propaganda. Sie haben schon in den früheren Jahren wiederholt den Beweis erbracht, daß auch auf den Konferenzen der größten Politiker nur langweilig-dübele Reden gehalten werden können und daß sie sich wochenlang gegenseitig anschwätzen können mit dem festen Vorsatz, ohne jedes praktische Ergebnis wieder in ihre Länder zurückzuziehen. Ihrem Ruf, tüchtige Diplomaten zu sein, hat das ebensovienig geknabert wie den anderen, daß sie die wahrhaftigsten und selbstlosesten Friedenspolitiker sind.

So ziehen sie von einer Konferenz zur anderen, halten Reden, mit denen dann die Zeitungen wochenlang angefüllt sind und versuchen der ganzen Welt weiszumachen, daß wirklich eine Ära der friedlichsten Beziehungen zwischen den Völkern begonnen habe. Daß es kein anderes Instrument gäbe, als diesen Völkerbund, um das Werk des endgültigen Friedens zu Ende zu führen. Kommt es zu einem der häufigen Streitfälle, so helfen alle, seine Bedeutung zu verkleinern, ihn auf Mißverständnisse zurückzuführen oder, wenn beides nicht geht, ihn einfach durch Ignorierung der strittigen Frage beiseite zu schieben. Es ist nicht zu leugnen, daß sie es auf diese Art verstanden haben, die Illusionen über diesen Völkerbund noch in einem außerordentlichem starkem Umfang auch in jenen Schichten der Völker zu erhalten, die es sonst ablehnen, sich als willenloses Werkzeug für die Interessen der kapitalistischen Klassen gebrauchen zu lassen.

Wäre der Völkerbund das, was er zu sein vorgibt, so hätten die Delegierten der neunten Vollversammlung eine Fülle von Arbeit zu bewältigen. Mit jedem Tag, den die Entwicklung der kapitalistischen Produktion vorwärts schreitet, vermehren sich die Widersprüche in den gesellschaftlichen Beziehungen der Staaten, verschärfen sich die Reibungen und wachsen die Gefahren, die von neuem die Anwendung gewaltsamer Mittel zur Durchsetzung bestimmter Ziele der herrschenden kapitalistischen Schichten heraufbeschwören. O, es gäbe für eine Versammlung eines wirklichen Völkerbundes viel zu tun in einer Zeit, in der zahllose äußere Erscheinungen erkennen lassen, auf welche erschreckend schwankender Grundlage das schwache Gebäude des bestehenden Friedens ruht. Die Herren vom Völkerbund mühten zum Kellogg-Pakt Stellung nehmen und sich zu den Vorbehalten äußern, die von den verschiedenen Regierungen vor der Unterzeichnung vorgebracht worden sind. Sie mühten untersuchen, wie sich diese Vorbehalte mit den Aufgaben und den allgemeinen Zielen des Völkerbundes vereinbaren lassen. Aber freilich können sie das nicht, denn sie sind ja die gleichen, die jene Vorbehalte erhoben haben, wie sie die gleichen sind, die daheim mit ihrer Politik die Entwicklung zum wirklichen Völkerbund aufhalten wollen und den Kampf für den wahren Frieden sabotieren.

Die brennenden Probleme, die die Stunde ihnen stellt, sind für die Völkerbundsdiplomaten in Genf nicht da. Der schärfere in den Vordergrund tretende Gegensatz zwischen den Imperialisten der Vereinigten Staaten von Nordamerika und denen Europas, der durch die Neuorientierung der englischen Politik soeben unterstrichen wurde, wird von ihnen ebenso ignoriert, wie das ägyptische Problem. Ist das nicht ein starker „Völkerbund“, der den Staaten Schutz gegen An- und Uebergriffe anderer heilig verspricht und der bei dem Angriff Englands auf die Unabhängigkeit Ägyptens sich so verhält, als sei überhaupt nichts geschehen? Und wie steht es mit China? So lange China im Völkerbund noch durch die Nordregierung vertreten wurde, konnten die Genfer Meister des Völkerrechts erklären, daß die Vorgänge in China, dem Völkerbund nichts angehen. Aber inzwischen ist bis auf die Randspure die nationale Einigung Chinas Wirklichkeit geworden. Das gewaltige Reich des fernen Ostens wird jetzt durch eine Delegation der Kankingregierung im Völkerbund vertreten. Es ist also auf dem Papier ein Gleicher unter Gleichen. Durch die Anerkennung der Kankinger Delegation hat der Völkerbund die in China vor sich gegangene Wandlung zur Kenntnis genommen. Wann wird der Völkerbund, wann werden die in ihm führenden Regierungen bereit sein, aus der veränderten Lage die Konsequenzen zu ziehen? Ist China ein Gleicher unter Gleichen, dann müssen schleunigst die alten Verträge zerrissen werden, dann müssen die Truppen der fremden Staaten den chinesischen Boden verlassen und dann dürfen zu keiner Stunde wieder zu angeblichem Schutze der Interessen irgendwelcher Staatsbürger Kriegsschiffe ihre Geschützrohre auf Chi-

Für Zulassung des Volksbegehrens

SPD Berlin, 5. September. (Radio.)
Die Juristen der zuständigen Ressorts der Reichsregierung haben sich am Dienstag mit der verfassungsmäßigen Seite des kommunalistischen Antrages auf Zulassung eines Volksbegehrens befaßt. Man kam überein, dem Reichsminister des Innern die Zulassung in Vorschlag zu bringen. Der Reichsminister Seegering, der nach längerer Abwesenheit von der Reichshauptstadt am Freitag nach Berlin zurückkehren wird, dürfte nunmehr dem kommunalistischen Antrag von sich aus, als der allein zuständigen Instanz, entsprechen und nicht erst, wie es anfänglich geplant war, noch eine Entscheidung des Gesamtkabinetts herbeiführen, sondern die einzelnen Minister lediglich über seine Absichten informieren. In diesem Falle wird voraussichtlich die amtliche Mitteilung über die Zulassung des Volksbegehrens schon Anfang der nächsten Woche erscheinen. Die amtlichen Listen zur Einzeichnung können jedoch erst vierzehn Tage nach dieser Bekanntgabe aufgelegt werden. Sie liegen nach dem Gesetz über den Volksentscheid vierzehn Tage aus.

Banzerkreuzerprotest in Neukölln

SPD Berlin, 5. September (Radio.)
Eine Versammlung der Berlin-Neuköllner Abteilungen der Sozialdemokratischen Partei nahm zur Banzerkreuzeraffäre eine Entschloßung an, die schärfsten Protest gegen die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zu der Inangriffnahme des Banzerkreuzerbaues ausspricht. Gleichzeitig wurde die baldige Einberufung eines außerordentlichen Parteitagcs gefordert und das Verlangen aufgestellt, daß weder die sozialdemokratischen Minister noch die sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Kammer für den Banzerkreuzer zustimmen.

Neuer Femeprozeß in Aussicht

SPD Berlin, 5. September. (Radio.)
Die Berliner Staatsanwaltschaft III hat dem Oberleutnant a. D. Reim, der seit zwei Jahren unter dem Verdacht steht, an einem Fememord beteiligt zu sein, die Anklage zugestellt. Sie lautet auf Mittäterschaft an der Ermordung des Feldwebels Regner. Mit Reim ist ein Hauptmann a. D. Gutknecht unter der Beschuldigung der Mordankündigung angeklagt. Der Prozeß, der nach der Entscheidung des Justizministers nicht unter die Reichsamnestie fällt, da bei deren Erlaß noch keine Anklage und keine Verurteilung der Beschuldigten erfolgt war, wird im Oktober in Berlin durchgeführt werden.
Die Leiche des ermordeten Feldwebels Regner ist bisher nicht gefunden worden, obwohl seinerzeit während der Er-